

Anzeiger für den Kreis Pleß

Bezugspreis: Frei ins Haus durch Boten oder durch die Post bezogen monatlich 2,50 Zloty. Der Anzeiger für den Kreis Pleß erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Geschäftsstelle: Pleß, ul. Piastowska 1

**Nikolaier Anzeiger
Plesser Stadtblatt**

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene mm-Zeile für Polen 15 Gr. die 3-gespaltene mm-Zeile im Reklameteil für Poln.-Oberschl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Telegramm-Adresse: „Anzeiger“ Pleß. Postsparkassen-Konto 302622. Fernruf Pleß Nr. 52

Nr. 95

Mittwoch, den 10. August 1932

81. Jahrgang

Staatssekretär Stimson über Bedeutung des Kelloggpattes

62 Staaten haben den Briand-Kelloggpatte angenommen

NeuYork. Am Montag abend sprach der Staatssekretär Stimson vor dem „Council on Foreign Relations“ über die Bedeutung des Briand-Kelloggpattes, dem 62 Staaten beigetreten seien. Sofort nach seiner Ratifizierung am 24. Juli 1929 seien Vorwürfe gegen den Patte erhoben worden, die auch noch heute aufrecht erhalten würden. Er halte es für zweckmäßig, festzustellen, wie der Patte heute angesehen werde, wie er daher sich entwickle und welche Bedeutung er künftig in der Weltpolitik haben werde.

Die großen technischen Fortschritte und die umwälzenden Veränderungen in den industriellen und sozialen Verhältnissen der Völker hätten schon vor dem Weltkrieg einerseits die vernichtende Wirkung der Kriegsmittel gesteigert und andererseits die Abhängigkeit der Völker von einander erhöht. Dann sei der große Krieg gekommen — und habe in seinen Mahlstrom fast die ganze Welt hineingezogen. Der Beweis für die Unmöglichkeit, einen modernen Krieg in den engeren Grenzen zu halten, sei dadurch geliefert worden. In Versailles hätten die Siegermächte dann ein Übereinkommen geschlossen, das den Versuch unternahm, den Ausbruch von Kriegen weitestgehend einzuschränken, worauf 1928 der Patte von Paris, der sogenannte Briand-Kelloggpatte geschlossen sei. In diesem Patte seien fast alle Nationen der Welt überein gekommen, auf den Krieg als Instrument der nationalen Politik zu verzichten. Alle Streitigkeiten sollen in Zukunft nur noch auf friedlichem Wege geregelt werden. Das besage, daß der Krieg ungesetzlich geworden sei. In Zukunft würde er einer von zwei Kriegführenden der Uebertäter sein,

sondern sie würden beide für Verbrecher erklärt werden.

Nun hätten Kritiker erklärt, daß der Vertrag überhaupt kein Vertrag sei sondern lediglich einseitige Erklärungen enthalte, über die jeder Unterzeichner allein zu bestimmen habe und für deren Verletzung er nicht zur Verantwortung gezogen werden könne. Diese Kritiker befänden sich im Unrecht. Die einzige Einschränkung des Pattes sei dann gegeben, wenn es sich um das Recht der Selbstverteidigung handele. Der Briand-Kelloggpatte sehe keine „Sanktionen“ vor, er beruhe vielmehr auf der „Sanktion der öffentlichen Meinung“, die zu einer der größten Waffen der Welt gemacht werden könne.

Stimson schilderte dann, wie sich der Briand-Kelloggpatte im russisch-chinesischen Streit 1929 bewährt habe und ging dann auf die jetzigen Feindseligkeiten zwischen China und Japan in der Mandchurei ein. Als im Jahre 1932 trotz aller Anstrengungen des Völkerbundes und Amerikas Japan die gesamte Mandchurei besetzt habe, habe die amerikanische Regierung formell mitgeteilt, daß sie niemals eine Lage, einen Vertrag oder ein Übereinkommen anerkennen würde, die durch Mittel herbeigeführt worden seien, die im Widerspruch zum Patte von Paris stünden. Diesem Schritt habe sich der Völkerbund im März angeschlossen, wobei nur Japan sich der Stimme enthalten habe. Wenn der Kelloggpatte nicht gewesen wäre, würden die Verhandlungen in der Mandchurei nicht als eine Angelegenheit der Vereinigten Staaten und der 50 anderen Mächte angesehen worden sein.

Der preußische Haushalt ist in Kraft getreten

Berlin. Wie erst jetzt bekannt wird, hat die geschäftsführende preußische Staatsregierung unmittelbar vor ihrer Abberufung durch den Reichspräsidenten noch den preußischen Haushalt für 1932 durch Notverordnung in Kraft gesetzt. Die entsprechende Veröffentlichung in der preußischen Gesetzesammlung datiert vom 14. Juli (ausgegeben am 19. Juli). Die Verordnung über den Haushalt stützt sich auf die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Haushalte von Ländern und Gemeinden vom 24. August 1931. Dazu ist § 9 des Haushaltsgesetzes, der bestimmt, daß zur Sicherung der Ablieferung der von den Gemeinden eingehobenen Staatssteuern der Finanzminister „für die säumigen Gemeinden einen Staatsbeamten mit der Wirkung bestellen“ könne, daß dieser berechtigt sei, die getrennte Verwaltung der eingehobenen Staatssteuern anzuordnen und der Gemeindekasse entsprechende Zahlungsanweisungen zu erteilen, mit der Maßgabe, daß diese Anweisungen der Vorrang vor allen übrigen Zahlungsverpflichtungen der Gemeinde zusteht. Dem Landtag ist die Notverordnung über den Haushalt noch nicht zugegangen. Der Landtag hat jedoch auf Grund der Verordnung noch Gelegenheit, den Haushalt zu erörtern. Der Staatsgerichtshof hat sich aber bisher auf den Standpunkt gestellt, daß die Landesparlamente nicht befugt seien, Notverordnungen der Landesregierung aufzuheben, die auf Ermächtigung des Reichspräsidenten zurückgehen.

Neues Neutralitätsabkommen zwischen Argentinien, Brasilien, Chile und Peru

Buenos Aires. Die Regierungen von Argentinien, Brasilien, Chile und Peru haben den Regierungen von Bolivien und Paraguay Kenntnis von einem neuen Neutralitätsabkommen gegeben, das zwischen den vier erstgenannten Staaten abgeschlossen worden ist. In ihm verpflichten sich die Neutralen, keine Gebietsänderung anzuerkennen, die durch Gewaltanwendung vorgenommen werden soll.

Der Mandchurei-Ausschuß des Völkerbundes aus Japan abgereist

Tokio. Die Mitglieder des Mandchureiausschusses des Völkerbundes haben Japan an Bord des Dampfers „Tschitshibu Maru“ verlassen. Obwohl die Mitglieder des Ausschusses strenges Stillschweigen über ihre Ansichten hinsichtlich der Mandchurei bewahren, so hatten dennoch Beobachter den Eindruck, daß sie China als einen souveränen Staat betrachten, in dem die Mandchurei eine wichtige Rolle spielt.

Der allgemeine Eindruck in Tokio geht dahin, daß zwischen den Auffassungen des Ausschusses und der Ansicht der japanischen Regierung noch ein weiter Abstand besteht.

Professor Piccard startbereit

Zürich. Professor Piccard ist nunmehr zu seinem Stratosphärenflug startbereit. Der Aufstieg kann aber wegen der ungünstigen Wetterlage nicht vor Donnerstag früh erfolgen.

Wird die Reichsregierung durchgreifen?

Berlin. Der Reichskanzler hat sich nach seiner Rückkehr sogleich von den zuständigen Stellen der Reichsregierung und des preußischen Staatsministeriums einen Vortrag über die in den letzten Tagen vorgekommenen Terrorakte halten lassen. Er hat daraufhin sämtliche Reichsminister zu einer Ministerbesprechung am Dienstag vormittag nach Berlin berufen. Der Reichskanzler ist der Auffassung, daß den gegenwärtigen Zuständen unter brutaler Anwendung aller Machtmittel des Staates ein sofortiges Ende gesetzt werden muß.

Es ist geplant, im Wege der Notverordnung Straßverordnungen zu erlassen und außerdem durch eine einfache Verordnung die Sondergerichte einzuführen. Hierzu ist die Ermächtigung bereits durch die Notverordnung vom Oktober 1930 gegeben, so daß der Reichspräsident mit dieser Maßnahme gar nicht bemüht zu werden braucht. Wann die Reichsregierung ihre Maßnahmen bekanntgeben wird, läßt sich im Augenblick noch nicht sagen. Es wäre möglich, daß die Verordnung über die Sondergerichte bereits Dienstag herauskommt, ebenso möglich ist aber auch, daß beides aus technischen Gründen am Mittwoch gemeinsam veröffentlicht wird, wenn der Reichspräsident wieder in Berlin eingetroffen ist und die Notverordnung unterzeichnet hat. Im übrigen hängt natürlich alles von der Kabinettsitzung und dem Vortrag des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten ab.

Reichskommissars für Preußen, Dr. Bracht, an die Behörden der allgemeinen und inneren Verwaltung folgenden Erlaß gerichtet, mit der Anweisung, ihn allen Beamten umgehend zur Kenntnis zu bringen.

Ein Reichsbannersekretär erschossen aufgefunden

Leobschütz. Am Sonntag wurde zwischen den Ortshäuten Krug und Hochkretscham ein Mann im Chauffee-graben liegend bemerkt, um den sich die Vorübergehenden zunächst nicht kümmerten, da man annahm, daß es sich um einen Schlafenden handele. Als der Mann am späten Nachmittag noch immer dalag, untersuchte man ihn näher und stellte in Gegenwart des Gemeindevorstehers und der Landjäger fest, daß es sich um einen Sekretär des Reichsbanners, namens Simsch aus Rasselde, Kreis Leobschütz, handelt, der durch Kopfschüsse getötet worden ist.

Zum Denkmalsanschlag in Rennes

Ausgebohrter Sprengkanal im Sodel — Die Separatistenbewegung in Bretagne Deutschland wird verdächtigt

Paris. Die zunächst nach Möglichkeit unterdrückten Nachrichten über den Sprengstoffanschlag in Rennes werden auch jetzt noch von der Pariser Presse mit großer Zurückhaltung behandelt. Man bemüht sich, die Zerstörung des französisch-bretonischen Einigungdenkmals am Tage der 400-Jahrfeier als die Tat einiger „Extremisten“ hinzustellen. Vorläufig dringt nur die Nachricht an die Öffentlichkeit, daß sich die Untersuchungsbehörde sehr eingehend mit den dortigen Autonomistenkreisen beschäftigt. Das zerstörte Denkmal stand im Zentrum der Stadt und stellte die Huldigung der Bretonen vor König Karl VIII. von Frankreich in Bronze dar. Die Bronzegruppe ist vom Sodel gestürzt und so schwer beschädigt worden, daß ihre Erneuerung kaum möglich erscheint. Der Anschlag muß in den Nachtstunden vorbereitet worden sein, da man im Sodel einen ausgebohrten Sprengkanal fand. Der Provinzpräsident hielt am Sonntag eine Ansprache, in der er den Anschlag scharf verurteilte und Herriot der unwandelbaren Treue der Bretonen versicherte. Herriot dankte mit kurzen Worten.

An allem ist Deutschland schuld

Paris. Der „Matin“ veröffentlicht auf seiner ersten Seite eine Zuschrift, in der niemand anderes als Deutschland (!) für die autonomistische Bewegung in der Bretagne verantwortlich gemacht wird.

Der Präsident von Bolivien gegen die Einmischung der Neutralen

Buenos Aires. Bei der Eröffnung des Kongresses sprach der Präsident von Bolivien über die politische Lage und bezeichnete die Einmischung der Neutralen als ein Ultimatum. Die neutralen Mächte fühlen sich als Richter aufspielen zu wollen, womit sich aber Bolivien nicht einverstanden erklären könne. Die Vorschläge, die Feindseligkeiten einzustellen und zu einer Einigung mit Paraguay zu gelangen, seien eine Verletzung der Unabhängigkeit Boliviens. Bolivien sei das erste Opfer der neuen amerikanischen Politik, obwohl es in seiner Vergangenheit schon viele Ungerechtigkeiten habe erleiden müssen.

Das ostpreußische Reichsbanner an die Reichsregierung

Königsberg. Der Gauvorstand Ostpreußen des Reichsbanners Schwarz-rot-gold hat an die Reichsregierung ein Telegramm gerichtet, in dem unter Hinweis auf die Erschießung des Kreisführers des Reichsbanners vom Kreise Löben, Kohn, erklärt wird, der Bürgerkrieg tobe in Ostpreußen weiter. Dr. Bracht habe immer noch nicht das Erforderliche veranlaßt. Die republikanische Bevölkerung Ostpreußens verlange daher und Severing. „Geben Sie diesen Männern die Gewalt in Preußen“, so heißt es in dem Telegramm, „und in 48 Stunden wird Ordnung geschaffen sein. Wir lassen uns nicht mehr plündern von den Silberbanditen niederknallen.“

Ein Erlaß Dr. Brachts über die parteipolitische Betätigung der Beamten

Berlin. Ueber die parteipolitische Betätigung der Beamten hat der mit der Wahrnehmung der Geschäfte des preußischen Innenministers beauftragte Bevollmächtigte des

